

Berantwort. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Druck: A. Graßmann in Stettin, Kirschplatz 3—4.
Bezugspreis: vierteljährlich in Stettin 1 M., auf den deutschen Postanstalten 1 M. 10 S.; durch den Briefträger ins Hans gebracht kostet das Blatt 40 S. mehr.
Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum 15 S., Reklamen 30 S.

Der Reichstag

beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit der Spezialberathung des Staats und erledigte zunächst den Etat des Reichskanzlers, an dem sich nur eine Debatte über den Antrag des Grafen Altona trug, in einem neuen russischen Handelsvertrage etwaige Sondertarife für den Transport von Getreide nach den Seehäfen auf den Durchgangsverkehr nach dem Zollauslande zu bekräften. Die beantragte Resolution wurde an die Budgetkommission zur Vorprüfung überreicht. Hierauf begann das Haus die Berathung des Etats für das Reichsamt des Innern, der wieder zu Erörterungen über allerlei Fragen im Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung Anlaß gab. Der Abg. Bajermann befürwortete u. A. die Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiterorganisationen und die Errichtung eines dem Reichsamt des Innern neben- oder unterzuordneten Arbeitsamtes für die sozialpolitischen Aufgaben. Der sozialdemokratische Abg. Molkenbuhr beantragte trotz der erfolgten Neuregelung wieder die Bezeichnung der Renten für Seumfälle. Über eine Reihe weiterer von den beiden Rednern berührter Punkte machte der Staatssekretär Graf v. Posadowsky Mittheilungen, aus denen hervorgeht, daß das Reichsamt den sozialpolitischen Aufgaben trotz der enormen wirtschaftlichen Arbeit seine unverminderte Aufmerksamkeit zuwenden. Ueber den Arbeiterschutz in der Haushaltung sind Erbauer und Erbauerin ange stellt, deren Abschluß in allernächster Zeit zu erwarten ist; desgleichen über die Arbeitszeit in der Minenschiffahrt. Am Laufe dieses Monats wird dem Reichstage eine Denkschrift über die Verhinderung verbrecherischer Arbeiten zugehen. Zur Frage der gewerblichen Arbeit schuldfähiger Kinder und Erbauerin vorgenommen worden, die wie der Staatssekretär bemerkte, ein recht trauriges Bild ergeben haben. Die an der Hand dieses Materials aufgestellten Grundzüge für ein Gesetz über die gewerbliche Kinderarbeit liegen zur Zeit den Bundesregierungen vor. Das neue Rentenverhältnisgesetz hofft der Staatssekretär für die nächste Session in Aussicht stellen zu können. Diese Frage liegt ganz in der Hand der Einzelstaaten, aus denen die Anerkennungen über die grundlegenden Organisationsfragen auch jetzt noch zum Theil austreten. Ferner erklärte der Staatssekretär zu einem Antrage des Abg. Beck wegen des Vogelschutzes, daß die vorgeschlagene internationale Konvention nunmehr Abschluß habe, ratifiziert zu werden, und endlich machte er Mittheilung über die Maßnahmen, welche zur möglichst baldigen Durchführung der Fleischbeschaffung beabsichtigt sind. Die Berathung wird hente fortgesetzt.

Die Wirren in China.

Als Überbringer des Entschuldigungs schreibens des Kaisers von China soll angeblich auf Wunsch des deutschen Gesandten in Peking, Freiherrn Mumon von Schwarzenstein, Prinz Chun, der erst siebzehnjährige Bruder des Kaisers, nach Berlin entendet werden. So behaupten wenigstens Londoner Privatdienstleute. — Es wäre jedenfalls etwas ungewöhnlich, wenn einem so jugendlichen Prinzen eine derartige ernste Aufgabe übertragen würde.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Friedensverhandlungen in Peking läßt sich eigentlich nichts Neues berichten. An unterrichteter Stelle hört man nach wie vor daran, daß sich die Aussichten auf Frieden günstig gestalten. Wenn verschiedene Blätter und Bureaus das Gegentheil behaupten, so findet es eben nur Vermuthungen, die man zwar restrikt, ohne aber ihnen irgend welche Bedeutung beizumessen. So berichtete nach einer Newyorker Meldung aus Peking ein aus Singanfu dort eingetroffener Chines, im Innern der Stadt exercirten ständig 85 000 Mann chinesischer Truppen. Die meisten von ihnen seien mit modernen Gewehren bewaffnet. Die Stimmung der dortigen Bevölkerung sei erhabt gegen die Ausländer, und man glaube, daß die Chinesen den Verbündeten in offenem

Kampfe begegnen und dieselben schlagen könnten.

Das ist ebenso nebensächliches Geschwätz, wie es wenig Wert hat, wenn es in dem Telegramm weiter heißt, die Gesandten seien sehr erstaunt über die Konzession, welche Russland am Nordufer des Pejho bei Tientsin neben der britischen und französischen Niederlassung gewährt worden sei. Die Russen erklärt, diese Konzession sei ihnen freiwillig gewährt worden für die Dienste, welche die Russen China durch ihre Bemühungen, den Frieden herbeizuführen, geleistet hätten.

Leere Vermuthungen sind es auch, wenn ein englisches Blatt aus Shanghai die Nachricht bringt, daß die militärischen Operationen im eingeschlossenen und Graf Waldersee, wenn keine neuen Verwicklungen eintreten, vermutlich Ende März die Rückreise nach Europa antreten werde.

Die Petersburger „Novoje Wremja“ versucht in einer längeren Ausführung den Artikel des „Temps“ über das russisch-chinesische Abkommen ins Lächerliche zu ziehen. Das Blatt hebt hervor, daß der von der „Times“ veröffentlichte russisch-chinesische Vertrag bereits vor einem Monat allgemein bekannt gewesen sei. Domäns habe sich weder in Frankreich noch sonstwo jemals darüber aufgeregelt. In Russland werde man über den Eifer des „Temps“, die Interessen Deutschlands und Englands zu sättigen, nur die Achsel aufladen. Das französisch-russische Bündnis bleibe fest und unerschütterlich und die Versuche, dasselbe zu untergraben, und auf beiden Seiten Zweck und Mitteltraum zu fäen, sei vergleichbar. Auch die „Novoje“ weisen die französische Behauptung zurück, daß Punkt 3 des englisch-deutschen Abkommen durch das Abkommen Russlands mit China berührt werde, da die manchurische Angelegenheit von allen Mächten längst als eine allein russische Interessen beinhaltende Frage angesehen werde. Die Verhältnisse in der Mandchurie lägen anders als in Peking.

Die „Frank. Ztg.“ meldet aus Peking: Bewaffnete chinesische Christen morden und brennen in der Provinz Tschihi. Der Telegraph nach Paoingfu ist an verschiedenen Stellen durchschnitten.

Radikal nahm die Bedenken, die seitens des chinesischen Hofes gegen die Fortsetzung der Macht erhoben worden waren, erledigt sind, wird angenommen, daß Prinz Liang und Li-Hung-Tchang binnen wenigen Tagen das Protokoll unterzeichnen werden, das die formelle Amtnahme der Friedensbedingungen ausspricht. Man erwartet aus Singanfu die telegraphische Vollmacht für die chinesischen Unterhändler, das hier verwahrte kaiserliche Siegel zur Unterzeichnung benutzen zu dürfen.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser nimmt an den heutigen Belebungsfestlichkeiten in Weimar nicht Theil, in seiner Vertretung reiste Korpskommandeur Generaladjutant von Wittich nach Weimar, um dort einen kostbaren Krantz niederzulegen.

Hofrat Cantor, Honorarprofessor der Mathematik an der Universität in Heidelberg, ist von der Petersburger Akademie der Wissenschaften in ihrer feierlichen Jubiläumsfeier vom 29. Dezember zum korrespondierenden Mitglied ernannt worden. — Die Zubehör von Konfektionsgeschäften und Wändefabriken, deren Betriebe am meisten von den Vorschlägen bezüglich der für die Verstärkung der Heimarbeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, für Arbeitnehmer und Genossen verlangt, getroffen würden, wollen eine bezügliche Petition an den Reichstag richten. — Die Reichsdruckerei hat bei einem Personalbestand von 1800 Köpfen 1898—99 5 Millionen Stück Papiergele, 12 Millionen Wertpapiere, 2½ Millionen Bogen Briefmarken zu 100 Pf. also 2,1 Milliarden Briefmarken, 299 Millionen gestempelte Postkarten, 45 Millionen gestempelte Postanweisungen, 4½ Millionen Bogen Versicherungsmarken, 25 000 Bogen Sparmarken und 31 000 Streifen Sparmarken und 200 Millionen Bogen gewöhnliche Druckachen geliefert. — Der Berliner Ma-

gistrat hat sich bereit erklärt, mit den Stadtverordneten in gemischtter Deputation über Maßnahmen zur Abwehr der Erhöhung der Lebensmittelzölle zu berathen. — Am 8. d. M. hat die erste Sitzung des vom Handelsminister ins Leben gerufenen Sachverständigen-Kommission zur Kläffung der Waaren nach dem Warenhausbewerbe unter dem Voritit des Geh. Regierungsraths Lüdenski stattgefunden. Es wurde dabei, wie der „Konfessionär“ erfährt, beschlossen, daß diejenigen Artikel, die, als zu keiner Gruppe gehörig, steuerfrei bleiben, der Zahl nach möglichst zu beschränken seien, daß dagegen in sonstiger Beziehung das Gebeis in entgegengesetzter Weise ausgelegt werden solle. Bei der Beurtheilung, welche Waaren nach Herkommen und Gebrauch bei der einen oder anderen Gruppe geführt werden dürfen, soll individuell danach entschieden werden, was in den verschiedensten Geschäftszentren Gebrauch ist. — Die städtischen Organe in Salzwedel haben die Absicht, den dortigen Bürgermeister Kreis wegen Einstiegsverordnungen im Rechnungsjahr 1895—96 zwangsrechtlich zu belangen; zum Vertreter der städtischen Körperfürdchen ist der Rathmann Schramm bestellt worden. Die Stadtverordneten-Verfassung fägte am 22. Februar 1900 den Beschluss, dem Rathmann Schramm zwei technische Revisionen zur Prüfung der Rechnungen von 1895—96 beizugeben; der Magistrat billigte am 17. April 1900 den Beschluß. Der Bürgermeister beanstandete über diesen Beschluß und machte geltend, er sei ungültig, weil ihm der Beschluß der Stadtverordneten-Verfassung vom 22. Februar 1900 zu Grunde liege, der die Befugnisse dieser Körperfürdchen überkreuze. Der Bezirksausschuß wußt indessen die Verfügung des Bürgermeisters auf und machte geltend, der Stadtverordneten-Verfassung stehe die Befugnisse dieser Körperfürdchen überkreuz. Der Bezirksausschuß wußt indessen die Verfügung des Bürgermeisters auf und machte geltend, der Stadtverordneten-Verfassung stehe die Befugnisse dieser Körperfürdchen überkreuz. Dies ergebe sich aus dem nach § 37 der Städteordnung eingeräumten Kontrollrecht; es steht den Stadtverordneten auch zu, aus ihrer Mitte einen Ausknauf zu ernennen, der aus beliebigen Mitgliedern bestehen könne. Diese Entscheidung steht der Bürgermeister beim Oberbürgermeister mit Rücksicht daran, daß sie aus der königlich preußischen Marie unmittelbar entstanden sei, seiterlich begangen werde. Eine Verlegung der zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages abzuhaltenen Feierlichkeiten auf den 18. Januar hat in der Marine nicht stattfinden.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. — In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung widmete zunächst der Stadtverordnetenvorsteher Stellvertreter Weidner dem so jäh aus dem Leben übergerufenen Bürgermeister Brinckmann einen sehr warm empfundenen Nachruf und überbrachte dann die Grüße des Vorstehers Dr. Longerhaus, der seine Thätigkeit in der Versammlung binnien kurzem wieder aufzunehmen hoffte. Eine lebhafte Debatte knüppte sich an den Bericht des Ausschusses über die Ausübung des Kontrollrechts an, das jedoch die Borenturkung bestätigte und ausführte, die Aktion der Stadtverordneten-Versammlung müsse als Folge des Kontrollrechts angesehen werden; die Ausübung der Kontrolle müßten daher den Stadtverordneten auch die betreffenden Rechtmäßigkeiten vorgelegt werden. — Nach einer Meldung der „Mün. Ztg.“ aus Mainz war dort dieser Tage das Zentralkomitee für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands versammelt. Das Ergebnis der Berathung sei, daß, da man auf die Abhaltung des nächsten Katholikentags in einer Stadt Peters verständigt wurde und die Versammlung auch im übrigen Süddeutschland möglich ist, dem Vorsitzenden die Ausübung eines geeigneten Ortes in Westfalen oder dessen angrenzenden Bezirken überlassen würde.

Wochstein zurückzubringen. Wie schön sie aussah, in dem schweren, übergezogenen Gewande, bewundernd schaute er auf die lieblichen Züge, aus denen das Leben gewichen zu sein schien. Einem Moment noch ärgerte er, dann beugte er sich niedrig, und hauchte einen Kuß auf den Mund der Ohnmächtigen.

Dabei schlug Julia die Augen auf.

„Ihr war es, als träumte sie. Langsam forschte Alfred in den bleichen Zügen des Mädchens.

„Wie ist Ihnen?“ fragte er zärtlich.

„Danke, — sehr gut. —“

„Und Sie zurnen mir nicht?“ — — —

Julia schüttelte den Kopf. Ein Lächeln lag auf ihrem schönen Gesicht. Willenslos gab sie sich einige Sekunden lang dem Zauber hin, der alle ihre Sinne gefangen nahm, sie schien Welt und Menschen vergessen zu haben.

Alfred blickte sich über sie, und sah ihr tief in die dunklen Augen, mit einem Blick, der mehr sagte als Worte.

Julia schreckte empor, auf ihrem Gesicht lag eine tödliche Blässe, die Augen spähten angstvoll umher.

„Um Gotteswillen, — ich vergaß, — wie kommt ich nur — wo ist — Hedwig?“

Alfred sprang auf. Es fiel ihm jetzt erst ein, daß auch er im Gefahr schwiebe, — das hatte er in den letzten Minuten total vergessen.

„Sie stand vorhin nicht weit vom Ausgang entfernt,“ sagte er gepeinigt, „ich hoffe, daß sie den Saal bereits verlassen hat, und außer Gefahr ist.“

„Und — wie kam ich hierher?“ —

„Auf meinen Armen, — Julia!“

Das Mädchen schaute leise zusammen bei dem Ton, aus dem eine tiefe Zärtlichkeit klang.

„Kommen Sie rasch, wir wollen Hedwig suchen.“

Er reichte ihr den Arm, sie stützte sich fest

republikanischer Standpunkt lasse es nicht zu, sich an dynastischen Ovationen zu beteiligen. Stadtr. Dr. Nathan fertigte Herrn Singer sehr schlagend ab, indem er darauf hinwies, daß der sozialdemokratische Vertreter den ersten preußischen König mit Aussprüchen einer anderen preußischen Königs zu bekämpfen versucht habe; Herr Singer habe hierauf bewiesen, daß er wenigstens einen preußischen König als Autorität ansiehe. Nach weiterer Debatte, in welcher sich die Stadtverordneten Cosel, Preßel, Wallach, Röhrich und der Oberbürgermeister beteiligten, gelangte die Vorlage zur Annahme.

— Die Aufforderungen, die der Herzog von Norfolk beim Empfang der englischen Pilger durch den Papst über die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes gebeten hat, finden in den römischen Blättern lebhaften Widerpruch. Die „Italia“ sagt: Der Herzog vergaß, daß er die Gastfreundschaft eines England befremdeten Landes genießt und griff die religiöse Freiheit an. Dank der doch seinen katholischen Glauben in England befindlichen Italiener ist der Herzog bestrebt, die italienischen Befürderungen in Europa entziehen zu lassen, darum sei es nötig, daß man mehr Mäßigung im Kampf der Meinungen, mehr Duldsamkeit und Achtung vor der gegenwärtigen Überzeugung an den Tag lege. Röthig sei ferner, daß man eine thätige Diplomatie betreibe, welche sich stütze auf eine mächtige, einige und geachtete Arme und auf eine sorgfältig geleitete Finanzverwaltung (Beispiel).

In Rom hat sich ein patriotisches Komitee gebildet, um Gaben für eine kostbare Wiese zu sammeln, welche dem Königs paar anlässlich des bevorstehenden freudigen Ereignisses zum Geschenk gemacht werden soll. Bekanntlich lag auch der jetzige König in einer Wiese, welche dem damaligen Kronprinzen Humbert vererbt worden war und welche sich jetzt noch im Schlosse von Capodimonte in Neapel befindet. Aus Stadt wird die Befreiung der betreffenden Prese festgestellt, Lord Kitchener befloß sämtliche Distrikte, die nicht an der Bahn liegen, aufzugeben, sämtliche Städte darin zu räumen und alle Truppen allein zur Deckung der Kommunikationslinien zu benutzen.

Sonnabend, 12. Januar 1901.

Annahme von Anzeigen Bretestr. 41—42 und Kirchplatz 2.

Bertreibung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: M. Moos, Hohenstein & Bogler, G. L. Danne, Alnaldendorf, Berlin Bern, Arndt, Mar. Gräfmann, Elberfeld W. Thienes, Halle a. S. J. J. Ward & Co., Hamburg William Witters, In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Copenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Hinter ihm schreitet der Senker einher, auf dessen hocherhobenem Schwerte die Worte zu lesen sind: „Geschenk des Zaren“. Vor ihm steht jedoch Milan mit gezogenem Schwert und vertheidigt das Wappen Serbiens. Dieses Bild soll ein Gleichen sein dafür, daß nur Milan Serbin retten könne.

In Paris hat der Senat Gallieres mit 175 Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. — In der Deputirtenkammer übernahm Deschanel das Präsidium und hielt eine Rede, in welcher er erklärte, er werde den Vorst. und Oberbürgermeister beteiligen. Sodann sprach er die Hoffnung aus, daß die Berathungen der Kammer ruhig und ergebnisreich seien und dazu beitragen werden, die Republik zu einem Reich der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit zu machen. Deschanel saß, das neue Jahrhundert werde möglichster Weise tiefschlagende Veränderungen in Europa entziehen zu lassen, darum sei es nötig, daß man mehr Mäßigung im Kampf der Meinungen, mehr Duldsamkeit und Achtung vor der gegenwärtigen Überzeugung an den Tag lege. Röthig sei ferner, daß man eine thätige Diplomatie betreibe, welche sich stütze auf eine mächtige, einige und geachtete Arme und auf eine sorgfältig geleitete Finanzverwaltung (Beispiel).

In Rom hat sich ein patriotisches Komitee gebildet, um Gaben für eine kostbare Wiese zu sammeln, welche dem Königs paar anlässlich des bevorstehenden freudigen Ereignisses zum Geschenk gemacht werden soll. Bekanntlich lag auch der jetzige König in einer Wiese, welche dem damaligen Kronprinzen Humbert vererbt worden war und welche sich jetzt noch im Schlosse von Capodimonte in Neapel befindet. Aus Stadt wird die Befreiung der betreffenden Prese festgestellt, Lord Kitchener befloß sämtliche Distrikte, die nicht an der Bahn liegen, aufzugeben, sämtliche Städte darin zu räumen und alle Truppen allein zur Deckung der Kommunikationslinien zu benutzen.

Stadtverordneten-Sitzung
vom 10. Januar.

Die gedrängt in furchtlicher Enge standen gestern die Neugierigen auf der Gallerie des Stadtverordnetenhauses, die erste Sitzung im neuen Jahre brachte diesmal ein „Ereignis“, denn mit den neu gewählten Mitgliedern bildete eine stattliche Anzahl von Sozialdemokraten zum ersten Male ihren Einzug in das „Rote Haus“ und die Genossen hatten sich zahlreich eingefunden, um diesem für ihre Partei zweifellos sehr erfreulichen Amt beizuwohnen. Vereinzelt hatten sich auch Damen eingefunden. Zu Abwesenheit des ältesten Mitgliedes der Versammlung, des Herrn Greifraeth, eröffnete Herr Meyer die Versammlung mit einem beredten Glückwünsch zum neuen Jahr. Sodann nahm Herr Oberbürgermeister das Wort zur Einführung der 20. neu- bzw. wiedergewählten Mitglieder. Derlebte hielt dabei folgende Ansprache: „Die neu gewählten Stadtverordneten sind diesmal zahlreicher als die wiedergewählten. Hierdurch wird sich eine Umgestaltung dieser Versammlung vollziehen in ihrer Zusammensetzung und Parteibildung, wie sie vor den Wahlen niemand erwartet hat. Der Grund liegt in der größeren Beteiligung der Wähler nach oben und unten, in ihrer entschiedenen Parteinahe für und gegen die bisherige Vertrierung. Nun ist der überlalte Wahlkampf vorüber und vergangen, lassen Sie ihn auch mit seinen persönlichen Angriffen für unsere Verhandlungen vorüber und vergangen bleibt. Gewiß sind Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich. Aber wenn wir uns die Freude an der Arbeit erhalten wollen und in Wahrheit nur auf das Wohl der Stadt bedacht sind, dann müssen wir auch beim Gegner die richtige Überzeugung zu würdigen wissen und dann müssen wir anerkennen, daß jeder von uns ein gleichberechtigter Vertreter der gesamten Bürgerschaft ist. Mit diesem Friedenswunsch gegenüber der Verständigung verpflichtete ich Sie durch Handschlag an Eidesstatt zu unserer gemeinsamen Arbeit.“

Herr R. Meyer begrüßte die neu eingeführten Herren auf das herzlichste mit dem Wunsche, daß alle Angelegenheiten, über welche er sprach, sein und seiner Freunde zu gelingen. — Hedwig, die kleine Gretel schrie: „Die Witte, die ihr Karoline reichte, war viel zu heilig, — das dumme, einfältige Ding versteht überhaupt nicht mit Kindern umzugehen.“ — Hans meinte und wollte nicht ins Bett, — und der hier,“ dabei zeigte er auf Paul, welcher jetzt aufrecht zwischen den Kissen saß und mit verklärten Augen auf Hedwig blickte, — der Gedanke, daß mit ordentlich leid, so bitterlich schluchzte er, — zwar nur leise, — er wollte ja brav sein, aber ich glaube, er hatte Sehnsucht nach Dir, Hedwig.“ Sie redete dem Kinde lieblich zu, befahlte seine Stirn, die allerdings bedenklich heiß war, und brachte es in wenigen Minuten fertig, daß Paul ruhig einschlief. Eilenberg stützte wieder den Kopf in die Hand.

Was das eine Unordnung im Hause, als ich herein kam! Das Zimmer nicht geheizt, das Essen schlecht, kaum zu genießen, die Spielachen der Kinder lagen verstreut umher, mit einem Wort, nicht zum Aushalten! — Ich war nahe daran, davon abzulaufen, — Hedwig!“ er fasste die Hand des Mädchens und hielt sie fest in der seinen, — „Du bist der gute Geist meines Hauses, — o Du weißt nicht, — kannst nicht wissen, — was Du mir geworden bist.“ Ich kann mir gar nicht vorstellen, — wie das Alles werden soll, — wenn Du, wenn Du“ — Gottlob unterbrach ihn: „Loh nur gut sein, Schwager, — die Zukunft wird's lehren; — für jetzt mache Dir keine Sorgen, — es geht oft alles anders und viel besser, — als wir denken.“

Um ihren Mund lag ein humorvolles Lächeln, es zuckte fast wie Schmelze über das leichten Näsche überhaulige Gesicht. Sie flochte dem Verzaften leicht auf die Schulter. Leo

zu verabschieden und zu beschließen sein wird, in Eintracht und Frieden erledigt werden müssen, wenn auch die Wahrung der eigenen persönlichen Meinung jeder noch hält, so möge doch die Achtung und Anerkennung der gegenseitigen Ansicht nie ausbleiben. Weiter forderte der Redner die Abstimmenden auf, bei dem Beginn der Arbeit im neuen Jahr das Gelübde altpommerscher Freude zu den angekündigten Herrscherhaften aufs neue zu bestimmen. Unter Herrscherhaften sei auch im letzten Jahre wieder in Stettin gewesen und der Kaiser habe dabei aufs neue Gelegenheit genommen, sein großes Interesse für die Entwicklung Stettins zu bestimmen. Einen solchen Prototyp für unsere städtischen Angelegenheiten könnten wir gebrauchen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser schloß der Redner.

Bei der Wahl des Bureau's werden 64 Stimmen abgegeben, zum Vorsitzenden wird Herr Dr. Schorlau mit 63 Stimmen, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Dr. Eberle mit 59 Stimmen gewählt. (1 erhielt Herr Herbert, 4 Stett waren unbeschränkt). Zum 1. Schriftführer wurde Herr Rechnungsprüfer Krohn mit 63 Stimmen, zum 2. Schriftführer Herr Albert Fischer mit 59 Stimmen gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden war Herr Geh. Kommerzienrat Württer vorgeschlagen, derselbe erklärte jedoch, er müsse eine auf ihn fallende Wahl mit Rücksicht auf sein Alter ablehnen.

Es folgt sodann die Einführung und Verpflichtung des neu gewählten Stadtbauräts Herrn Jessen. Herr Oberbürgermeister Salen begrüßt den neuen Kollegen im Magistrat, indem er darauf hinweist, daß dieser von 2 Jahren Stettin verlassen habe, nun zurückkehre, um in dem alten Wirkungskreis eine selbstständige Zeitung zu übernehmen. Die Arbeit habe sich durch Entwicklung der Vororte wesentlich erweitert und vermehrt. Die städtischen Behörden hätten das Vertrauen zu dem neuen Baumeister, daß derselbe seine ganze Arbeitskraft für sein Werk im Interesse der Stadt einsetzen werde. Herr Dr. Schorlau begrüßt den eingeführten namens der Versammlung, derselbe sei mit den hiesigen Verhältnissen bereits bekannt und daß er sich schon früher hier heimisch gefühlt habe, beweise der Umstand, daß er aus dem heiteren Westen nach unserem Osten zurückgekehrt sei. Herr Jessen sprach seinem Gattin für die Begrüßung aus, mit der Verbindung, daß er seine ganze Kraft einsetzen werde, um daß ihm durch seine Wahl bewiesene Vertrauen zu rechtfertigen.

Es folgen eine Anzahl Wahlen: An die gemischte Kommission für die Umwandlung der Gemeindeschulen aus Glücksburg in Städte werden gewählt die Herren Dr. Freund, Hempelmann, Supply, Dr. Großmann, Dr. Island und Storch, in die Kommission zur Prüfung der Bevölkerungspläne die Herren Klein, Wolfenhauer, Wehrmann und Herbert, in die Geschäftsrätschaftskommission die Herren Wieders, Herbert und Knapp. Von Herrn Dr. Großmann ist eine Petition mit 1537 Unterschriften von Grundbesitzern eingegangen, in welcher erachtet wird, die gesamten Kosten der Strafenreinigung auf die Kämmererfasse zu übernehmen. Diese Petition wird dem Magistrat überwiesen.

Als Vertreter der Verfassung auf dem am 29. und 30. Januar in Berlin stattfindenden Preußischen Städtestag werden die Herren Dr. Schorlau und Bräsel delegiert.

Von den Hauseigentümern der Vororte ist schon oft der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Strafenreinigung auch bei ihren Grundstücken seitens der Stadt übernommen werden sollte. Demgemäß hat der Magistrat eine Vorlage eingebracht, folgende Straßen so schnell als es die Verhandlungen mit den Unternehmern irgend gestatten, in städtische Reinigung zu übernehmen, und zwar: die Remitterstraße vom Friedhofeingange bis zum nordwestlichen Dorsausgang, die Töpferspazier-, die Blumenstr., Leopoldstr., Mühlstr., Gustav Adolfstr. bis zur Poststr., die Poststr. von der Gustav Adolfstr. bis zur Gießereistr., ferner Birkenstraße, Mühlendamm, Dr. Island und Storch, in die Kommission zur Prüfung der Bevölkerungspläne die Herren Klein, Wolfenhauer, Wehrmann und Herbert, in die Geschäftsrätschaftskommission die Herren Wieders, Herbert und Knapp.

Von Herrn Dr. Großmann ist eine Petition mit 1537 Unterschriften von Grundbesitzern eingegangen, in welcher erachtet wird,

die Kosten geändert zu erheben und die Kosten gemäß des Anschlages mit 4745 Mark für den laufenden Etat zu bewilligen. Herr Schorlau als Referent empfahl, den Finanzkommission die Annahme der Vorlage. Wenn die Frage aufgeworfen werden würde, warum nicht auch die anderen Strafenreinigungen herangetragen würden, so sei zu bemerken, daß sich dieselben im solchen Zustande befinden, daß dieselben nicht mit Kehrmaschinen gereinigt werden können. Herr Langen stellt den Antrag, daß sämtliche Straßen in den Vororten zugleich zur Reinigung seitens der Stadt herangetragen werden. Die Straßen in Stettin seien durchweg in demselben Zustand, wie die in der Vorlage zur Reinigung bestimmten. Herr Stadtrath Dr. Erdmann entgegnet, daß auch der Magistrat den Wunsch auf möglichst gleichmäßige Ausführung der Strafenreinigung habe, aber dazu fehle die praktische Möglichkeit. Im Interesse der in Frage kommenden Grundbesitzer habe der Magistrat die gegenwärtige Vorlage eingebracht. Herr Verdriet weist darauf hin, daß auch die Kämmerer nicht mit Kehrmaschinen gereinigt werden könnten. Herr Stadtrath Dr. Erdmann entgegnet, daß dort die Frequenz so groß und die Zustände so mischlich seien, daß im Interesse des Publikums eine Ausnahme gemacht werden müsse. Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung des Antrages Langen die Vorlage angenommen.

Der Magistrat beantragt zur Abtragung der Kreisabsonderrungsstadt und am das Vorjahr 75 000 M. zu bewilligen, auf Antrag der Finanzkommission wird diese Summe auf 50 000 Mark herabgesetzt.

Entsprechend den vertragsmäßigen Abschaffungen bei der Übernahme muß die Remitterstraße von Remis nach Wissow innerhalb des Stadtgebietes gepflastert werden und ist der größte Theil der Arbeiten bereits ausgeführt, der Kostenanschlag schließt mit 60 000 Mark ab, davon sind von der Gemeinde Remis 2500 Mark, vom Kreis Randow und der Provinz bereits je 1500 Mark bereits bezahlt, sobald die Stadt noch 54 500 Mark zu tragen hat. Der Vorlage des Magistrats genügt bewilligt die Verfassung davon 22 000 Mark für den diesjährigen Rest für den nächstjährigen Etat. Bei der Diskussion über die Vorlage hebt Herr Dr. Grauman an, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befindet, sie sei verpflichtet, die Straße herzustellen, die Herstellung geschehe aber in einer Weise, welche der Strafenbau-Polizeiordnung nicht entspreche. Es sei dringend nötig, daß diese Ordnung dahin geändert werde, daß für die Vororte eine billigeren Bauart der Straßen möglich sei. Nach den heutigen Vorführungen sei die Grundbesitzer zu so hohen Zuschüssen verpflichtet, daß ein Schaden von billigen Wohnungen nicht möglich sei. Der Redner stellt einen Antrag auf baldmöglichste Aenderung der Strafenbau-Polizeiordnung, auf Wunsch des Vorstandes zieht er denselben aber wieder bis zur nächsten Sitzung zurück. — Der Magistrat beantragt die provisorische Herstellung des Bürgersteiges in der Marchandstraße und der Zollhöherstraße bis zum Friedhofe zu genehmigen und dafür 9000 Mark zu bewilligen. Herr Neidt als Referent beantragt namens der Finanzkommission diese Vorlage abzulehnen und nur eine Kiesbefestigung der Straße zu beschließen. Herr Neidt weist darauf hin, daß der Untergrund der Straße so schlecht sei, daß alle provisorischen Arbeiten zur Verbesserung nur unnötige Kosten verursachen würden. Die Gemeinde-Bewilligung von Bredow habe s. St. schon die Aufdramming der Straße beschlossen, ebenso die Herstellung eines Bürgersteiges, die Betonplatten dazu seien auch bereits angelegt, die Ausführung der Arbeiten sei nur in Folge der Einverleibung unterblieben. Redner beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, das von der Gemeinde Bredow geplante Projekt zur Ausführung zu bringen. Dieser Antrag wird von Herrn Dr. Grauman unterstützt, indem derselbe darauf hinweist, daß diese Straße in Folge des nahen Kirchhofes stark frequentiert werde. Schließlich wird über der Antrag der Finanzkommission angenommen. — Die Stadt muß das Grundstück Frauensstraße 4 zu Strafenbauzwecken erwerben, der Antrag

entsprechend den vertragsmäßigen Abschaffungen bei der Übernahme muß die Remitterstraße von Remis nach Wissow innerhalb des Stadtgebietes gepflastert werden und ist der größte Theil der Arbeiten bereits ausgeführt, der Kostenanschlag schließt mit 60 000 Mark ab, davon sind von der Gemeinde Remis 2500 Mark, vom Kreis Randow und der Provinz bereits je 1500 Mark bereits bezahlt, sobald die Stadt noch 54 500 Mark zu tragen hat. Der Vorlage des Magistrats genügt bewilligt die Verfassung davon 22 000 Mark für den diesjährigen Rest für den nächstjährigen Etat. Bei der Diskussion über die Vorlage hebt Herr Dr. Grauman an, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befindet, sie sei verpflichtet, die Straße herzustellen, die Herstellung geschehe aber in einer Weise, welche der Strafenbau-Polizeiordnung nicht entspreche. Es sei dringend nötig, daß diese Ordnung dahin geändert werde, daß für die Vororte eine billigeren Bauart der Straßen möglich sei. Nach den heutigen Vorführungen sei die Grundbesitzer zu so hohen Zuschüssen verpflichtet, daß ein Schaden von billigen Wohnungen nicht möglich sei. Der Redner stellt einen Antrag auf baldmöglichste Aenderung der Strafenbau-Polizeiordnung, auf Wunsch des Vorstandes zieht er denselben aber wieder bis zur nächsten Sitzung zurück. — Der Magistrat beantragt die provvisorische Herstellung des Bürgersteiges in der Marchandstraße und der Zollhöherstraße bis zum Friedhofe zu genehmigen und dafür 9000 Mark zu bewilligen. Herr Neidt als Referent beantragt namens der Finanzkommission diese Vorlage abzulehnen und nur eine Kiesbefestigung der Straße zu beschließen. Herr Neidt weist darauf hin, daß der Untergrund der Straße so schlecht sei, daß alle provisorischen Arbeiten zur Verbesserung nur unnötige Kosten verursachen würden. Die Gemeinde-Bewilligung von Bredow habe s. St. schon die Aufdramming der Straße beschlossen, ebenso die Herstellung eines Bürgersteiges, die Betonplatten dazu seien auch bereits angelegt, die Ausführung der Arbeiten sei nur in Folge der Einverleibung unterblieben. Redner beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, das von der Gemeinde Bredow geplante Projekt zur Ausführung zu bringen. Dieser Antrag wird von Herrn Dr. Grauman unterstützt, indem derselbe darauf hinweist, daß diese Straße in Folge des nahen Kirchhofes stark frequentiert werde. Schließlich wird über der Antrag der Finanzkommission angenommen. — Die Stadt muß das Grundstück Frauensstraße 4 zu Strafenbauzwecken erwerben, der Antrag

entsprechend den vertragsmäßigen Abschaffungen bei der Übernahme muß die Remitterstraße von Remis nach Wissow innerhalb des Stadtgebietes gepflastert werden und ist der größte Theil der Arbeiten bereits ausgeführt, der Kostenanschlag schließt mit 60 000 Mark ab, davon sind von der Gemeinde Remis 2500 Mark, vom Kreis Randow und der Provinz bereits je 1500 Mark bereits bezahlt, sobald die Stadt noch 54 500 Mark zu tragen hat. Der Vorlage des Magistrats genügt bewilligt die Verfassung davon 22 000 Mark für den diesjährigen Rest für den nächstjährigen Etat. Bei der Diskussion über die Vorlage hebt Herr Dr. Grauman an, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befindet, sie sei verpflichtet, die Straße herzustellen, die Herstellung geschehe aber in einer Weise, welche der Strafenbau-Polizeiordnung nicht entspreche. Es sei dringend nötig, daß diese Ordnung dahin geändert werde, daß für die Vororte eine billigeren Bauart der Straßen möglich sei. Nach den heutigen Vorführungen sei die Grundbesitzer zu so hohen Zuschüssen verpflichtet, daß ein Schaden von billigen Wohnungen nicht möglich sei. Der Redner stellt einen Antrag auf baldmöglichste Aenderung der Strafenbau-Polizeiordnung, auf Wunsch des Vorstandes zieht er denselben aber wieder bis zur nächsten Sitzung zurück. — Der Magistrat beantragt die provvisorische Herstellung des Bürgersteiges in der Marchandstraße und der Zollhöherstraße bis zum Friedhofe zu genehmigen und dafür 9000 Mark zu bewilligen. Herr Neidt als Referent beantragt namens der Finanzkommission diese Vorlage abzulehnen und nur eine Kiesbefestigung der Straße zu beschließen. Herr Neidt weist darauf hin, daß der Untergrund der Straße so schlecht sei, daß alle provisorischen Arbeiten zur Verbesserung nur unnötige Kosten verursachen würden. Die Gemeinde-Bewilligung von Bredow habe s. St. schon die Aufdramming der Straße beschlossen, ebenso die Herstellung eines Bürgersteiges, die Betonplatten dazu seien auch bereits angelegt, die Ausführung der Arbeiten sei nur in Folge der Einverleibung unterblieben. Redner beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, das von der Gemeinde Bredow geplante Projekt zur Ausführung zu bringen. Dieser Antrag wird von Herrn Dr. Grauman unterstützt, indem derselbe darauf hinweist, daß diese Straße in Folge des nahen Kirchhofes stark frequentiert werde. Schließlich wird über der Antrag der Finanzkommission angenommen. — Die Stadt muß das Grundstück Frauensstraße 4 zu Strafenbauzwecken erwerben, der Antrag

entsprechend den vertragsmäßigen Abschaffungen bei der Übernahme muß die Remitterstraße von Remis nach Wissow innerhalb des Stadtgebietes gepflastert werden und ist der größte Theil der Arbeiten bereits ausgeführt, der Kostenanschlag schließt mit 60 000 Mark ab, davon sind von der Gemeinde Remis 2500 Mark, vom Kreis Randow und der Provinz bereits je 1500 Mark bereits bezahlt, sobald die Stadt noch 54 500 Mark zu tragen hat. Der Vorlage des Magistrats genügt bewilligt die Verfassung davon 22 000 Mark für den diesjährigen Rest für den nächstjährigen Etat. Bei der Diskussion über die Vorlage hebt Herr Dr. Grauman an, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befindet, sie sei verpflichtet, die Straße herzustellen, die Herstellung geschehe aber in einer Weise, welche der Strafenbau-Polizeiordnung nicht entspreche. Es sei dringend nötig, daß diese Ordnung dahin geändert werde, daß für die Vororte eine billigeren Bauart der Straßen möglich sei. Nach den heutigen Vorführungen sei die Grundbesitzer zu so hohen Zuschüssen verpflichtet, daß ein Schaden von billigen Wohnungen nicht möglich sei. Der Redner stellt einen Antrag auf baldmöglichste Aenderung der Strafenbau-Polizeiordnung, auf Wunsch des Vorstandes zieht er denselben aber wieder bis zur nächsten Sitzung zurück. — Der Magistrat beantragt die provvisorische Herstellung des Bürgersteiges in der Marchandstraße und der Zollhöherstraße bis zum Friedhofe zu genehmigen und dafür 9000 Mark zu bewilligen. Herr Neidt als Referent beantragt namens der Finanzkommission diese Vorlage abzulehnen und nur eine Kiesbefestigung der Straße zu beschließen. Herr Neidt weist darauf hin, daß der Untergrund der Straße so schlecht sei, daß alle provisorischen Arbeiten zur Verbesserung nur unnötige Kosten verursachen würden. Die Gemeinde-Bewilligung von Bredow habe s. St. schon die Aufdramming der Straße beschlossen, ebenso die Herstellung eines Bürgersteiges, die Betonplatten dazu seien auch bereits angelegt, die Ausführung der Arbeiten sei nur in Folge der Einverleibung unterblieben. Redner beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, das von der Gemeinde Bredow geplante Projekt zur Ausführung zu bringen. Dieser Antrag wird von Herrn Dr. Grauman unterstützt, indem derselbe darauf hinweist, daß diese Straße in Folge des nahen Kirchhofes stark frequentiert werde. Schließlich wird über der Antrag der Finanzkommission angenommen. — Die Stadt muß das Grundstück Frauensstraße 4 zu Strafenbauzwecken erwerben, der Antrag

entsprechend den vertragsmäßigen Abschaffungen bei der Übernahme muß die Remitterstraße von Remis nach Wissow innerhalb des Stadtgebietes gepflastert werden und ist der größte Theil der Arbeiten bereits ausgeführt, der Kostenanschlag schließt mit 60 000 Mark ab, davon sind von der Gemeinde Remis 2500 Mark, vom Kreis Randow und der Provinz bereits je 1500 Mark bereits bezahlt, sobald die Stadt noch 54 500 Mark zu tragen hat. Der Vorlage des Magistrats genügt bewilligt die Verfassung davon 22 000 Mark für den diesjährigen Rest für den nächstjährigen Etat. Bei der Diskussion über die Vorlage hebt Herr Dr. Grauman an, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befindet, sie sei verpflichtet, die Straße herzustellen, die Herstellung geschehe aber in einer Weise, welche der Strafenbau-Polizeiordnung nicht entspreche. Es sei dringend nötig, daß diese Ordnung dahin geändert werde, daß für die Vororte eine billigeren Bauart der Straßen möglich sei. Nach den heutigen Vorführungen sei die Grundbesitzer zu so hohen Zuschüssen verpflichtet, daß ein Schaden von billigen Wohnungen nicht möglich sei. Der Redner stellt einen Antrag auf baldmöglichste Aenderung der Strafenbau-Polizeiordnung, auf Wunsch des Vorstandes zieht er denselben aber wieder bis zur nächsten Sitzung zurück. — Der Magistrat beantragt die provvisorische Herstellung des Bürgersteiges in der Marchandstraße und der Zollhöherstraße bis zum Friedhofe zu genehmigen und dafür 9000 Mark zu bewilligen. Herr Neidt als Referent beantragt namens der Finanzkommission diese Vorlage abzulehnen und nur eine Kiesbefestigung der Straße zu beschließen. Herr Neidt weist darauf hin, daß der Untergrund der Straße so schlecht sei, daß alle provisorischen Arbeiten zur Verbesserung nur unnötige Kosten verursachen würden. Die Gemeinde-Bewilligung von Bredow habe s. St. schon die Aufdramming der Straße beschlossen, ebenso die Herstellung eines Bürgersteiges, die Betonplatten dazu seien auch bereits angelegt, die Ausführung der Arbeiten sei nur in Folge der Einverleibung unterblieben. Redner beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, das von der Gemeinde Bredow geplante Projekt zur Ausführung zu bringen. Dieser Antrag wird von Herrn Dr. Grauman unterstützt, indem derselbe darauf hinweist, daß diese Straße in Folge des nahen Kirchhofes stark frequentiert werde. Schließlich wird über der Antrag der Finanzkommission angenommen. — Die Stadt muß das Grundstück Frauensstraße 4 zu Strafenbauzwecken erwerben, der Antrag

entsprechend den vertragsmäßigen Abschaffungen bei der Übernahme muß die Remitterstraße von Remis nach Wissow innerhalb des Stadtgebietes gepflastert werden und ist der größte Theil der Arbeiten bereits ausgeführt, der Kostenanschlag schließt mit 60 000 Mark ab, davon sind von der Gemeinde Remis 2500 Mark, vom Kreis Randow und der Provinz bereits je 1500 Mark bereits bezahlt, sobald die Stadt noch 54 500 Mark zu tragen hat. Der Vorlage des Magistrats genügt bewilligt die Verfassung davon 22 000 Mark für den diesjährigen Rest für den nächstjährigen Etat. Bei der Diskussion über die Vorlage hebt Herr Dr. Grauman an, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befindet, sie sei verpflichtet, die Straße herzustellen, die Herstellung geschehe aber in einer Weise, welche der Strafenbau-Polizeiordnung nicht entspreche. Es sei dringend nötig, daß diese Ordnung dahin geändert werde, daß für die Vororte eine billigeren Bauart der Straßen möglich sei. Nach den heutigen Vorführungen sei die Grundbesitzer zu so hohen Zuschüssen verpflichtet, daß ein Schaden von billigen Wohnungen nicht möglich sei. Der Redner stellt einen Antrag auf baldmöglichste Aenderung der Strafenbau-Polizeiordnung, auf Wunsch des Vorstandes zieht er denselben aber wieder bis zur nächsten Sitzung zurück. — Der Magistrat beantragt die provvisorische Herstellung des Bürgersteiges in der Marchandstraße und der Zollhöherstraße bis zum Friedhofe zu genehmigen und dafür 9000 Mark zu bewilligen. Herr Neidt als Referent beantragt namens der Finanzkommission diese Vorlage abzulehnen und nur eine Kiesbefestigung der Straße zu beschließen. Herr Neidt weist darauf hin, daß der Untergrund der Straße so schlecht sei, daß alle provisorischen Arbeiten zur Verbesserung nur unnötige Kosten verursachen würden. Die Gemeinde-Bewilligung von Bredow habe s. St. schon die Aufdramming der Straße beschlossen, ebenso die Herstellung eines Bürgersteiges, die Betonplatten dazu seien auch bereits angelegt, die Ausführung der Arbeiten sei nur in Folge der Einverleibung unterblieben. Redner beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, das von der Gemeinde Bredow geplante Projekt zur Ausführung zu bringen. Dieser Antrag wird von Herrn Dr. Grauman unterstützt, indem derselbe darauf hinweist, daß diese Straße in Folge des nahen Kirchhofes stark frequentiert werde. Schließlich wird über der Antrag der Finanzkommission angenommen. — Die Stadt muß das Grundstück Frauensstraße 4 zu Strafenbauzwecken erwerben, der Antrag

entsprechend den vertragsmäßigen Abschaffungen bei der Übernahme muß die Remitterstraße von Remis nach Wissow innerhalb des Stadtgebietes gepflastert werden und ist der größte Theil der Arbeiten bereits ausgeführt, der Kostenanschlag schließt mit 60 000 Mark ab, davon sind von der Gemeinde Remis 2500 Mark, vom Kreis Randow und der Provinz bereits je 1500 Mark bereits bezahlt, sobald die Stadt noch 54 500 Mark zu tragen hat. Der Vorlage des Magistrats genügt bewilligt die Verfassung davon 22 000 Mark für den diesjährigen Rest für den nächstjährigen Etat. Bei der Diskussion über die Vorlage hebt Herr Dr. Grauman an, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befindet, sie sei verpflichtet, die Straße herzustellen, die Herstellung geschehe aber in einer Weise, welche der Strafenbau-Polizeiordnung nicht entspreche. Es sei dringend nötig, daß diese Ordnung dahin geändert werde, daß für die Vororte eine billigeren Bauart der Straßen möglich sei. Nach den heutigen Vorführungen sei die Grundbesitzer zu so hohen Zuschüssen verpflichtet, daß ein Schaden von billigen Wohnungen nicht möglich sei. Der Redner stellt einen Antrag auf baldmöglichste Aenderung der Strafenbau-Polizeiordnung, auf Wunsch des Vorstandes zieht er denselben aber wieder bis zur nächsten Sitzung zurück. — Der Magistrat beantragt die provvisorische Herstellung des Bürgersteiges in der Marchandstraße und der Zollhöherstraße bis zum Friedhofe zu genehmigen und dafür 9000 Mark zu bewilligen. Herr Neidt als Referent beantragt namens der Finanzkommission diese Vorlage abzulehnen und nur eine Kiesbefestigung der Straße zu beschließen. Herr Neidt weist darauf hin, daß der Untergrund der Straße so schlecht sei, daß alle provisorischen Arbeiten zur Verbesserung nur unnötige Kosten verursachen würden. Die Gemeinde-Bewilligung von Bredow habe s. St. schon die Aufdramming der Straße beschlossen, ebenso die Herstellung eines Bürgersteiges, die Betonplatten dazu seien auch bereits angelegt, die Ausführung der Arbeiten sei nur in Folge der Einverleibung unterblieben. Redner beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, das von der Gemeinde Bredow geplante Projekt zur Ausführung zu bringen. Dieser Antrag wird von Herrn Dr. Grauman unterstützt, indem derselbe darauf hinweist, daß diese Straße in Folge des nahen Kirchhofes stark frequentiert werde. Schließlich wird über der Antrag der Finanzkommission angenommen. — Die Stadt muß das Grundstück Frauensstraße 4 zu Strafenbauzwecken erwerben, der Antrag

entsprechend den vertragsmäßigen Abschaffungen bei der Übernahme muß die Remitterstraße von Remis nach Wissow innerhalb des Stadtgebietes gepflastert werden und ist der größte Theil der Arbeiten bereits ausgeführt, der Kostenanschlag schließt mit 60 000 Mark ab, davon sind von der Gemeinde Remis 2500 Mark, vom Kreis Randow und der Provinz bereits je 1500 Mark bereits bezahlt, sobald die Stadt noch 54 500 Mark zu tragen hat. Der Vorlage des Magistrats genügt bewilligt die Verfassung davon 22 000 Mark für den diesjährigen Rest für den nächstjährigen Etat. Bei der Diskussion über die Vorlage hebt Herr Dr. Grauman an, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befindet, sie sei verpflichtet, die Straße herzustellen, die Herstellung geschehe aber in einer Weise, welche der Strafenbau-Polizeiordnung nicht entspreche. Es sei dringend nötig, daß diese Ordnung dahin geändert werde, daß für die Vororte eine billigeren Bauart der Straßen möglich sei. Nach den heutigen Vorführungen sei die Grundbesitzer zu so hohen Zuschüssen verpflichtet, daß ein Schaden von billigen Wohnungen nicht möglich sei. Der Redner stellt einen Antrag auf baldmöglichste Aenderung der Strafenbau-Polizeiordnung, auf Wunsch des Vorstandes zieht er denselben aber wieder bis zur nächsten Sitzung zurück. — Der Magistrat beantragt die provvisorische Herstellung des Bürgersteiges in der Marchandstraße und der Zollhöherstraße bis zum Friedhofe zu genehmigen und dafür 9000 Mark zu bewilligen. Herr Neidt als Referent beantragt namens der Finanzkommission diese Vorlage abzulehnen und nur eine Kiesbefestigung der Straße zu beschließen. Herr Neidt weist darauf hin, daß der Untergrund der Straße so schlecht sei, daß alle provisorischen Arbeiten zur Verbesserung nur unnötige Kosten verursachen würden. Die Gemeinde-Bewilligung von Bredow habe s. St. schon die Aufdramming der Straße beschlossen, ebenso die Herstellung eines Bürgersteiges, die Betonplatten dazu seien auch bereits angelegt, die Ausführung der Arbeiten sei nur in Folge der Einverleibung unterblieben. Redner beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, das von der Gemeinde Bredow geplante Projekt zur Ausführung zu bringen. Dieser Antrag wird von Herrn Dr. Grauman unterstützt, indem derselbe darauf hinweist, daß diese Straße in Folge des nahen Kirchhofes stark frequentiert werde. Schließlich wird über der Antrag der Finanzkommission angenommen. — Die Stadt muß das Grundstück Frauensstraße 4 zu Strafenbauzwecken erwerben, der Antrag

mit 5 Ausnahmen seit dem Witterungswechsel häufig unter 100 (der zulässigen Grenze). Die höchsten Steinmengen sind: 26, 182, 162, 146, 110, 88, die niedrigste 8.

Der Vorstand des Vereins der Industriellen Pommerns und der benachbarten Gebiete nahm in seiner gestrigen Sitzung den Bericht des Geschäftsführers über die seit der letzten Vorstandssitzung im November v. J. ausgebüttete Vereinstätigkeit entgegen. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß der Verein auf eine Eingabe an die königliche Eisenbahndirektion zu Stettin hin den Bescheid erhalten hat, daß die Herstellung des Anschlusses nach Berlin des zur Zeit um 6 Uhr 11 Min. Nachmittags von Stettin abgehenden Zuges Nr. 710 an den D-Zug 18 in Angermünde vom nächsten Sommerfahrplan ab in Aussicht genommen ist. Die gleichfalls beantragte Späterlegung des jetzt um 4 Uhr 5 Minuten 425 zur Erreichung des Anschlusses an den D-Zug 5 von Hamburg ist nach Mitteilung der Bahn mit Rücksicht auf den Lokalverkehr und auf die bestehenden Anschlüsse nicht bewilligt worden. Der Vorstand beschloß in Folge dessen, in einer weiteren Eingabe die Einrichtung eines Anschlusses nach Stettin an den 8 Uhr 35 Abends von Berlin in Angermünde entsprechendem D-Zug 17 zu beantragen, wodurch die Reise von Hamburg über Berlin nach Stettin um 1½ Stunde gegen die jetzige Dauer verkürzt werden würde. Auf eine Anfrage betr. die Späterlegung des um 5 Uhr 40 Min. Nachmittags von Danzig abgehenden Zuges um etwa 3 Stunden, so daß die von Osten kommenden Reisenden ohne längere Wartezeit den ersten Zug nach Berlin benötigen könnten, und in Danzig ein wichtiger Anschluß von Königsberg gewonnen werden würde, hat der Verein zustimmend geantwortet. Ein Sechzehnter Bezeichnungen Stettin-Bredow, Stettin-Grabow und Stettin-Nennig als Bestimmungsorte in Telegramm-Adressen als ein Wort auch nach der erfolgten Eingemeindung dieser Ortschaften gebeten wurde, ist seitens des Reichspostamts abschlägig bestiegen worden unter Hinweis auf die bestehenden Bestimmungen; ebenso ein weiterer Antrag die entgegenstehenden Bestimmungen abzuändern. Gegen eine von dritter Seite beantragte Detarifierung von Gasöl wurden keine Bedenken erhoben. Der Vorstand beschloß ferner, sich an einem Bogen gegen die geplante Erhöhung der Schiffahrtsgebühren für Fräne auf den künstlichen Wasserstraßen zu beteiligen, welche durch eine sogenannte gleichmäßige Gestaltung der Tarife erreicht werden soll. Die neuen Sätze, soweit sie bisher bekannt geworden sind, würden eine Steigerung der Gebühren bis auf das Fünf- und Schätzchen der heutigen Sätze und eine unverhältnismäßig hohe Belastung verhüllen, welche die interessierten Erwerbskreise nicht zu tragen vermöchten und die ein gänzliches Aufhören der Binnenschifffahrt auf künstlichen Wasserstraßen zu Gunsten des Eisenbahn-Verkehrs nach sich ziehen müßte. Als Termin für die demnächstige Hauptversammlung des Vereins wurde der 21. Februar d. J. bestimmt. Außer den geschäftlichen Mittelungen wird Herr Generalsekretär Dittes einen Bericht über die Geschäftsführung erstatten, woran sich ein Vortrag über die Entwicklung der pommerschen Industrie im Jahre 1900 unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage anschließen soll. — Als neues Mitglied wurde die Firma "Deffentz'sches chemisches Laboratorium" von Dr. Meiss und Dr. Zimmer in Stettin aufgenommen.

Aus Anlaß der Froniusnacht am 18. Januar werden die städtischen Gebäude zwar beflaggt werden, von einer Illumination hat der Magistrat jedoch beschlossen, Abstand zu nehmen. Eine besondere Feier veranstaltet der Stettiner Turnverein in der Turnhalle am Abend des 19. d. Mts. Die Feierstunde hält Herr Dr. Scipio. — Der landwirtschaftliche Verein des Kreises Randow wird seine erste Jahreshauptversammlung am Mittwoch, den 16. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im neuen Vereinslokale, Restaurant zum Kurfürst Friedrich Wilhelm, Schillerstraße 6, unter dem Vorsitz des Herrn Hauptmann Havemann-Cawelti abhalten. Ein ganz besonderes Interesse wird der Vortrag des Vorfahrs der technischen Abtheilung der Zentrale für Spiritusverwertung, Herrn

Professor Dr. Wittelshöfer in Berlin über die Verwertung des Spiritus zu technischen Zwecken für sich beanspruchen. Gelegentlich des Vortrages wird die Vorführung von Spiritusglühlampen, Spirituskochern u. s. w. erfolgen. Am selben Tage findet um 2 Uhr Nachmittags auf dem Quistorp'schen Grundstück in Friedrichshof am Anfang der Salzmauer Chaussee gelegen, die Veröffentlichung einer Spirituslokomotive aus der Motorenfabrik Oberlind statt, von welcher letzteren sich auch der Kaiser einen Spiritusmotor vorführen ließ. Die Spirituslokomotive wird hier in der Arbeit beim Dreichen gezeigt werden. Mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung, welche bei der in letzter Zeit erreichten Verbesserung der Spiritusverwertung in der Technik in der Frage kommt, hat der Gegenstand, wird auch die Theilnahme von Richtmitgliedern an dem Vortrage des Herrn Prof. Dr. Wittelshöfer sowohl wie an der Veröffentlichung der Spirituslokomotive gern gesehen werden. Die Vereinsversammlung wird außer anderen geschäftlichen Gegenständen auch über einen Anlauf von Zuchtwiegen des Förderung der Kindheit zu haben, müßten auf der Anlageeben Platz nehmen: der Juhermann und Eigentümer Hermann Kanitz, 45 Jahre alt, unbefracht, der Maurer und Bauunternehmer Friedrich Nickel, 44 Jahre alt, vorbestraft, darunter einmal mit 300 Mark wegen Äußererlässen anerkannter Regeln der Bauaufsicht (es handelte sich damals um einen Hausbau in der Friedrich-Karlsstraße), der Arbeiter Richard Kanitz, 32 Jahre alt, vorbestraft. Für die Verhandlung ist ein voller Tag freigelassen, den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Rusche, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Henkel, dem Angeklagten Hermann Kanitz steht als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Lebin zur Seite, die übrigen verteidigen sich selbst. Zur Beweisaufnahme sind einige Zeugen geladen, als Bautaufseßtädtige Baurath Mansdorf, Rathsmaurermeister Decker und Architekt Profe, als medizinalischer Sachverständiger Kreisphysicus Medizinalrat Dr. Schulze. Aus der Vernehmung der Angeklagten ist folgendes hervorgegangen: Hermann Kanitz ist von Beruf Fuhrmann, er hat zweimal Häuser in eigener Regie ausgeführt, einmal ist er mit dem Zimmermann Genz an einem Abruch in Grabow beteiligt gewesen, die letztere habe jedoch damals die Arbeiten geleitet. Genz hatte das "Hotel drei Kronen" zum Abruch übernommen, er bot dasselbe gelegentlich dem Angeklagten für 5000 Mark zum Kauf an und Hermann Kanitz ging auf das Gesicht ein. Die Arbeiten sollten so verheitert werden, daß Genz das Abbrechen leitete, während Kanitz die Ablöse des gewonnenen Materials übernahm, Genz sollte ein Drittel vom Reingewinn erhalten. Den Kontrakt zum Abruch hätte Genz beforschen sollen, doch scheint Hermann Kanitz nicht bestreiten zu wollen, daß mit seinem Wissen ohne Kenntnis gearbeitet worden sei. Am 3. November übernahm Nickel den Abruch zum Schein für sich selbst, in Wahrheit aber mit Hermann Kanitz zusammen und nun soll der zweitangeklagte in die Stelle von Genz getreten sein, während Kanitz noch vor mir die Fuhren besorgt haben will. Auf Vorhabe muß er jedoch angeben, daß am Tage vor dem Unfall, am 6. November, der Polizeikommissar Rückholz ihm persönlich verbitten habe, im Vorderhaus Abruhsarbeiten vorzunehmen. Der Angeklagte will diese Anordnung sogleich an Nickel weitergegeben haben und er geht zu auf dem Boden gewesen zu sein, wo bereits die Dachbalken heraustragen würden. Daß er diese wichtige Manipulation geschehen, will Kanitz nicht wahr haben, obwohl ihm einmal der Lappus passiert, eine dahinzielende Frage zu bejahen. Es wird noch festgestellt, daß der Abruch des Vorderhauses bis zum 1. Januar 1901, derjenige aller übrigen Bauteile einen Monat später beendet sein sollte. — Nickel gibt zu einer Person an, er sei gelernter Maurer und seit einer Reihe von Jahren Bauunternehmer. Recht interessant sind seine Angaben darüber, wie er mit dem Abruch befaßt worden sei. Hermann Kanitz habe ihm vorgeschlagen, das Haus zu kaufen und zwar mit dem Gelde des Angeklagten, der Genz heraustragen wollte. Beim Abschluß des Vertrages, der in einer Restaurierung vollzogen wurde, erhielt Nickel erst von Kanitz 50 Mark, die er als Anzahlung leisten sollte, unter dem Tische zugereicht. Nickel be-

bekanntete Frauensperson, überbrachte Grüße von der in Polen lebenden Mutter des Wälders, und erzählte zugleich eine rührende Geschichte, wonach die Mutter erkrankt sei und sich in Roth befindet. Daraufhin übergaß die G. der Freunde 16 Mark für die Mutter, sie mußte aber nachträglich erfahren, daß eine Schwindlerin sie geplündert habe.

* Einem hier angehaltenen Arbeiter Martin Klein aus Stolzenhagen wurde eine große Partie Hauss- und Wirtschaftswäsche, die er für 4 Mark verkaufen wollte, als mutwillig gestohlen abgenommen. Die Wäsche wurde gefunden in einem Gewahrsam der Kriminalpolizei, sie sind gezeichnet A. D.

Dem "Berl. Tagebl." wird über die Katastrophe des Dampfers "Russe" telegraphisch berichtet, daß es einer Rettungsboot mit 20 mutigen Matrosen nach einem vergeblichen Versuche gelang, ein Seil auf dem Dampfer zu anbringen, das es hielt. Mitstellt dieses Seiles soll nun die Rettung befreistigt werden. Tausende von Menschen verfolgten die Rettungsarbeiten.

Der "Frank. Zug." wird aus New York gemeldet: Präsident Mac Kinley hat den Vorschlag betreffend Verlegung der chinesischen Unterhandlungen nach Washington zurückgezogen, da er wenig Anfang fand. — Die "Post" sagt, Deutschland suche eine Anteile von 600 Millionen Mark in London und New York zu plazieren.

Paris, 11. Januar. Ein Telegramm aus Tokio (Niger) meldet, daß der französische Lieutenant Canegie von Eingeborenen ermordet wurde, während er im Begriff war, sie zu entwaffnen.

Telegraphische Notizen.

London, 11. Januar. Ein Telegramm aus Kapstadt berichtet, daß 5000 Buren, welche aus dem Befreiungsland kommen, auf dem Wege nach der Kapkolonie sich befinden. Das selbe Telegramm berichtet weiter, daß das Kommando, welches zunächst in der Nähe von Lyburg signalisiert wurde, ebenfalls 5000 Mann stark ist.

Aus Johannesburg wird gemeldet: Die letzten Nachrichten aus Malagiesberg berichten von einem Zusammenstoß der Buren mit der Kolonne des General Paget. Die Einzelheiten über dieses Gefecht sind noch nicht bekannt, da man sich wegen der schlechten Witterung des Telegrafen nicht bedienen kann.

Mesmer's Tee

wird in 100.000 Familien täglich getrunken, Preise 10 u. 80 Pf. bei Max Möller's Ww. und Max Schütze Nachf., siehe Tomir 20.

Vorsonn-Bericht.

Streidepreis-Notizen der Landwirthschaftskammer für Pommern.

Am 11. Januar wurde für insländisches Geleide in nächsteren Beeten gezahlt:

Stetin: Roggen 134,00 bis 136,00, Weizen 148,00 bis 151,00, Gerste 135,00 bis 140,00, Hafer 128,00 bis 133,00, Kartoffeln — bis — Mark.

Blas Stettin (nach Sonntagsleitung): Roggen 136,00, Weizen 151,00, Gerste 140,00, Hafer 128,00, Kartoffeln —, Maize.

Stolp: Roggen — bis —, Weizen bis —, Gerste —, Hafer 127,00 bis —, Kartoffeln 30,00 bis —, Mais.

Blas Stolp: Roggen —, Weizen —, Gerste —, Hafer 127,00, Markt.

Auklam: Roggen 129,00 bis 130,00, Weizen 142,00 bis —, Gerste 132,00 bis 133,00, Hafer 127,00 bis 128,00, Kartoffeln —, Mais.

Blas Greifswald: Roggen 130,00, Weizen 142,00, Gerste 132,00, Hafer 128,00, Markt.

Stralsund: Roggen 128,00 bis 130,00, Weizen 143,00 bis —, Gerste 135,00 bis 136,00, Hafer 124,00 bis —, Kartoffeln 35,00 bis —, Markt.

Ergänzungsnotizen vom 10. Januar.
Pieskow Berlin (nach Ermi telum): Roggen 142,00, Weizen 153,00, Gerste —, Hafer 15,00 Mark.

Blas Danzig: Roggen 124,00 bis —, Weizen 152,00 bis 157,00, Gerste 130,00 bis 135,00, Hafer 123,00 bis 125,00, Markt.

Weltmarktpreise.

Es wurden am 10. Januar gezahlt: 1000 Berlin in Markt per Tonnen inst. Frach., Zoll und Spesen in:

Rhein: Roggen 143,00 Mark, Weizen 174,00 — a.t.

Liverpool: Weizen 182,75 Mark.

Dresden: Roggen 146,75 Mark, Weizen 170,75 Mark.

Riga: Roggen 147,25 Mark, Weizen 170,50 Mark.

Vermischte Nachrichten.

Der Kopf eines Elefanten war dieser Tage das Streitobjekt in einem in New York verhandelten Prozeß, den Andrew Carnegie gegen den New Yorker Verleger Tevens angestrengt hatte. Carnegie wollte dem Verleger nicht erlauben, das besagte dachhäuterische Haupt aus den von ihm (Tevens) veröffentlichten Ausgaben des "Kipling's Werk" zu befreien, da die selben dadurch den Eindruck hervorriß, als gehörten sie zu den von ihm (Kipling) selbst in England herausgegebenen.

Die Entscheidung des Richters war kurz und knapp: Der Autor hat sich nicht bemüht gezeigt, sich für den Inhalt seiner Werke amerikanische Autorechte zu sichern, also hat er noch weniger Anspruch darauf, für den äußeren Einband den Schutz der amerikanischen Gerichte gegen Nachahmung zu verlangen; die Klage ist daher abgewiesen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Januar. Wie dem "Post-Anz." aus Peking über London gemeldet wird, sandte die Kaiserin eine Botschaft, sie würde über die in der gemeinschaftlichen Note genannten Beamten die schwerste Strafe verhängen, aber über niemand sonst. Die Gelehrten haben dagegen schon Listen von hundert weiteren Uebelthätern aufgestellt.

Stadt-Theater.

Sonnabend: III. Sitz (treib). Vereinskarte gültig. Ernehtgt. Preise:

Dr. Klaus.

Sonntag Nachm. 3½ Uhr: Alte Preise.

Der Mikado.

Abends 7 Uhr:

Flachsman als Erzieher.

Vorher: Die schöne Galathée.

Montag: Walküre.

Centralhallen-Theater

Nur noch 3 Tage das jetzige vorzügliche Künstler-Personal!

Sensationell! Herr Georg Hartmann demonstriert von heute ab die im Berliner Wintergarten gezeigte Entfesselung von Polizeischellen!

Sensationell!

Abfang 8 Uhr. Einlaß 1½ Uhr. Kasse 7 Uhr.

Sonntag: 2 Vorstellungen.

Centralhallen-Tunnel:

Allabendlich frei-konzert.

Sonntag Nachmittag 4 Uhr:

Konzert der Pionierkapelle.

Concordia-Theater.

Halle des der elektrischen Straßenbahn —

Montag: Sonnabend, den 12. Januar 1901.

Abends 8 Uhr. Abends 8 Uhr.

Große Extra-Vorstellung.

Nach der Vorstellung:

Vereins-Lauz - Kränzchen.

Morgen Sonntag:

Extra-Matinée von 12-2 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Kinder 10 Pf.

Dem "Berl. Tagebl." wird über die Katastrophe des Dampfers "Russe" telegraphisch berichtet, daß es einer Rettungsboot mit 20 mutigen Matrosen nach einem vergeblichen Versuche gelang, ein Seil auf dem Dampfer zu anbringen, das es hielt. Mitstellt dieses Seiles soll nun die Rettung befreistigt werden. Tausende von Menschen verfolgten die Rettungsarbeiten.

Der "Frank. Zug." wird aus New York gemeldet: Präsident Mac Kinley hat den Vorschlag betreffend Verlegung der chinesischen Unterhandlungen nach Washington zurückgezogen, da er wenig Anfang fand. — Die "Post" sagt, Deutschland suche eine Anteile von 600 Millionen Mark in London und New York zu plazieren.

Paris, 11. Januar. Ein Telegramm aus Tokio (Niger) meldet, daß der französische Lieutenant Canegie von Eingeborenen ermordet wurde, während er im Begriff war, sie zu entwaffnen.

Der "Telegraphische Dienst" berichtet, daß es einer Rettungskommission aus London, welche aus dem Befreiungsland kommen, auf dem Wege nach der Kapkolonie sich befinden. Das selbe Telegramm berichtet weiter, daß das Kommando, welches zunächst in der Nähe von Lyburg signalisiert wurde, ebenfalls 5000 Mann stark ist.

Aus Johannesburg wird gemeldet: Die letzten Nachrichten aus Malagiesberg berichten von einem Zusammenstoß der Buren mit der Kolonne des General Paget. Die Einzelheiten über dieses Gefecht sind noch nicht bekannt, da man sich wegen der schlechten Witterung des Telegrafen nicht bedienen kann.

Der "Telegraphische Dienst" berichtet, daß es einer Rettungskommission aus London, welche aus dem Befreiungsland kommen, auf dem Wege nach der Kapkolonie sich befinden. Das selbe Telegramm berichtet weiter, daß das Kommando, welches zunächst in der Nähe von Lyburg signalisiert wurde, ebenfalls 5000 Mann stark ist.

Aus Johannesburg wird gemeldet: Die letzten Nachrichten aus Malagiesberg berichten von einem Zusammenstoß der Buren mit der Kolonne des General Paget. Die Einzelheiten über dieses Gefecht sind noch nicht bekannt, da man sich wegen der schlechten Witterung des Telegrafen nicht bedienen kann.

Der "Telegraphische Dienst" berichtet, daß es einer Rettungskommission aus London, welche aus dem Befreiungsland kommen, auf dem Wege nach der Kapkolonie sich befinden. Das selbe Telegramm berichtet weiter, daß das Kommando, welches zunächst in der Nähe von Lyburg signalisiert wurde, ebenfalls 5000 Mann stark ist.

Aus Johannesburg wird gemeldet: Die letzten Nachrichten aus Malagiesberg berichten von einem Zusammenstoß der Buren mit der Kolonne des General Paget. Die Einzelheiten über dieses Gefecht sind noch nicht bekannt, da man sich wegen der schlechten Witterung des Telegrafen nicht bedienen kann.

Der "Telegraphische Dienst" berichtet, daß es einer Rettungskommission aus London, welche aus dem Befreiungsland kommen, auf dem Wege nach der Kapkolonie sich befinden. Das selbe

